



Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Innere Verwaltung und  
Verwaltungsstrukturreform  
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

Telefon: (0211) 884 - 0  
Durchwahl: 2673/2521

Düsseldorf, 13. Januar 2005

im Hause

**Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG -**  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/6224



Sehr geehrter Herr Kollege,

der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Kommunalpolitik hat sich in seiner Sitzung am 12. Januar 2005 mit dem vorgenannten Gesetzentwurf befasst. Nach abgeschlossener Beratung sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP für die Annahme des Gesetzentwurfs aus.

Bei der Abstimmung wurde davon ausgegangen, dass im federführende Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform auf Antrag der Koalitionsfraktionen noch eine Ergänzung als Konsequenz auf ein Ende 2004 ergangenes Urteil des OVG Münster bezüglich der Erstattung für die Unterbringung ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo erfolgen wird.

Ich wäre Ihnen dankbar, sehr geehrter Herr Kollege, wenn Sie die Mitglieder Ihres Ausschusses von diesem Beratungsergebnis unterrichten würden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Jürgen Thulke